

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Belegabgabe bei täglich zweimaliger Zustellung mit Quittung 10 Pf., sonst 15 Pf., durch Verlangen 20 Pf., 25 Pf., 30 Pf., 35 Pf., 40 Pf., 45 Pf., 50 Pf., 55 Pf., 60 Pf., 65 Pf., 70 Pf., 75 Pf., 80 Pf., 85 Pf., 90 Pf., 95 Pf., 100 Pf., 105 Pf., 110 Pf., 115 Pf., 120 Pf., 125 Pf., 130 Pf., 135 Pf., 140 Pf., 145 Pf., 150 Pf., 155 Pf., 160 Pf., 165 Pf., 170 Pf., 175 Pf., 180 Pf., 185 Pf., 190 Pf., 195 Pf., 200 Pf.

Druck u. Verlag: Lipsch & Reichardt, Dresden-N. J. Marienstraße 35/32, Fernruf 25291. Postfachkonto 1008 Dresden. Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden und des Schiedsamtes beim Oberverwaltungsamt Dresden.

Abdruckverbot: 1. Auflage Nr. 6; 2. Auflage Nr. 11; 3. Auflage Nr. 16; 4. Auflage Nr. 21; 5. Auflage Nr. 26; 6. Auflage Nr. 31; 7. Auflage Nr. 36; 8. Auflage Nr. 41; 9. Auflage Nr. 46; 10. Auflage Nr. 51; 11. Auflage Nr. 56; 12. Auflage Nr. 61; 13. Auflage Nr. 66; 14. Auflage Nr. 71; 15. Auflage Nr. 76; 16. Auflage Nr. 81; 17. Auflage Nr. 86; 18. Auflage Nr. 91; 19. Auflage Nr. 96; 20. Auflage Nr. 101; 21. Auflage Nr. 106; 22. Auflage Nr. 111; 23. Auflage Nr. 116; 24. Auflage Nr. 121; 25. Auflage Nr. 126; 26. Auflage Nr. 131; 27. Auflage Nr. 136; 28. Auflage Nr. 141; 29. Auflage Nr. 146; 30. Auflage Nr. 151; 31. Auflage Nr. 156; 32. Auflage Nr. 161; 33. Auflage Nr. 166; 34. Auflage Nr. 171; 35. Auflage Nr. 176; 36. Auflage Nr. 181; 37. Auflage Nr. 186; 38. Auflage Nr. 191; 39. Auflage Nr. 196; 40. Auflage Nr. 201; 41. Auflage Nr. 206; 42. Auflage Nr. 211; 43. Auflage Nr. 216; 44. Auflage Nr. 221; 45. Auflage Nr. 226; 46. Auflage Nr. 231; 47. Auflage Nr. 236; 48. Auflage Nr. 241; 49. Auflage Nr. 246; 50. Auflage Nr. 251; 51. Auflage Nr. 256; 52. Auflage Nr. 261; 53. Auflage Nr. 266; 54. Auflage Nr. 271; 55. Auflage Nr. 276; 56. Auflage Nr. 281; 57. Auflage Nr. 286; 58. Auflage Nr. 291; 59. Auflage Nr. 296; 60. Auflage Nr. 301; 61. Auflage Nr. 306; 62. Auflage Nr. 311; 63. Auflage Nr. 316; 64. Auflage Nr. 321; 65. Auflage Nr. 326; 66. Auflage Nr. 331; 67. Auflage Nr. 336; 68. Auflage Nr. 341; 69. Auflage Nr. 346; 70. Auflage Nr. 351; 71. Auflage Nr. 356; 72. Auflage Nr. 361; 73. Auflage Nr. 366; 74. Auflage Nr. 371; 75. Auflage Nr. 376; 76. Auflage Nr. 381; 77. Auflage Nr. 386; 78. Auflage Nr. 391; 79. Auflage Nr. 396; 80. Auflage Nr. 401; 81. Auflage Nr. 406; 82. Auflage Nr. 411; 83. Auflage Nr. 416; 84. Auflage Nr. 421; 85. Auflage Nr. 426; 86. Auflage Nr. 431; 87. Auflage Nr. 436; 88. Auflage Nr. 441; 89. Auflage Nr. 446; 90. Auflage Nr. 451; 91. Auflage Nr. 456; 92. Auflage Nr. 461; 93. Auflage Nr. 466; 94. Auflage Nr. 471; 95. Auflage Nr. 476; 96. Auflage Nr. 481; 97. Auflage Nr. 486; 98. Auflage Nr. 491; 99. Auflage Nr. 496; 100. Auflage Nr. 501.

## Zellwolle besser als Wolle und Baumwolle

### Deutschland kann auf seine Spinnstoffe stolz sein

Berlin, 21. Januar.

Der Leiter des Amtes für deutsche Roh- und Werkstoffe, Präsident Rehr, der in den letzten drei Jahren die Großproduktion in Zellwolle aufbaute, trat am Donnerstag in einem Vortrag im Reichstag den falschen und oft unfinnigen Ansichten über den deutschen Spinnstoff, die Zellwolle, entgegen.

Er widerlegte zunächst den weitverbreiteten Irrtum, daß es sich bei der Zellwolle um eine Art Roterfindung unserer Chemiker handele, die erst gemacht worden sei, als die bisher verwendeten Naturrohstoffe nicht mehr in gewohntem Umfange eingeführt werden konnten.

#### Eine Erfindung aus dem vorigen Jahrhundert

Die grundlegenden Erfindungen, die zur Herstellung dieser Faser führten, sind, so führte Präsident Rehr aus, bereits im vorigen Jahrhundert gemacht, und eine zellwollähnliche Faser bereits am Ende des Krieges hergestellt worden. Seitdem wurde in beinahe 20 Jahren unermüdlich an der Verbesserung der Erzeugung gearbeitet. Wenn Zellwolle — früher bekannt unter der Phantasiefabrikmarke „Wittra“ — bisher nicht in so großem Umfange erzeugt worden ist, so hat das nicht etwa an mangelnder Qualität, sondern an mangelndem Interesse gelegen, denn die Zellwolle hat in den kleineren Mengen, in denen sie früher erzeugt wurde, wesentlich mehr geachtet, als die Naturrohstoffe. Erst als die Regierung vor drei Jahren beschloß, die Produktionsmenge nennenswert auszubauen, wurde durch die damit stark verbilligte Erzeugung ein Preis ermöglicht, der unter dem der Wolle und nicht viel über dem der Baumwolle liegt.

Gegenüber den Naturrohstoffen hat die chemisch hergestellte Faser den Vorteil, daß für beinahe jeden bestimmten Verwendungszweck eine besondere Zellwolle entwickelt werden kann. Es gibt oder wird bald geben Zellwollsorten für Wäsche, Tricotagen, für Damenleibstoffe und für Möbelstoffe oder Vorhänge, für Herrenanzüge oder -mäntel, und wieder ganz andere für Teppiche.

#### 150 Millionen Kilogramm im Jahre

Mit einigen Zahlen zeigte der Vortragende die Rolle auf, die die Zellwolle in der deutschen Volkswirtschaft heute schon spielt. Im Jahre 1931 sind etwa acht Millionen Kilogramm Zellwolle erzeugt worden, wovon schon damals ein großer Teil exportiert wurde. Die heutige Leistungsfähigkeit der Zellwolle-Industrie beträgt 150 Millionen Kilogramm im Jahre. Das entspricht etwa einem Drittel unseres früheren Bedarfs an Wolle und Baumwolle, und etwa einem Devisenbetrage von 250 Millionen Reichsmark. Diese Unterschiede in Wirtschaft und Baumwolle oder Woll- oder rein verarbeiteten Erzeugnisse haben sich fast alle hervorragend bewährt. Das beweist allein die Tatsache, daß seit mehr als zehn Jahren Zellwolle-Erzeugnisse gekauft, getragen und immer wieder nachgefragt wurden.

Fortsetzung auf Seite 2

## Stojadinowitsch beichtigt ein Vierjahresplan-Werk

### Jugoslawische Heimatsverbände begrüßen den Ministerpräsidenten in Gelsenkirchen und Düsseldorf

Essen, 20. Januar.

Im Anschluß an die Beichtigung der Kruppwerke befuhr Ministerpräsident Dr. Stojadinowitsch in Gelsenkirchen-Buer eine der bedeutendsten Werke der Steinkohlenverhüttung, die Hüttenwerke AG, Scholwen. Vor dem Werke hatten sich mit einer großen Menschenmenge Abordnungen der jugoslawischen Heimatsverbände des Ruhrgebietes mit ihren Fahnen eingefunden. Mit lebhaften Wuto-Heil-Rufen empfingen die Arbeiter den Ministerpräsidenten, der gerade in diesem Teil des nördlichen Ruhrgebietes in besonders großer Zahl und teilweise schon seit Jahrzehnten leben, den Ministerpräsidenten ihres Heimatlandes. Geringfügig begrüßte Dr. Stojadinowitsch seine Landsleute, und immer wieder mußte er, freudig bewegt, die ihm entgegengetretenen Hände drücken. Am Eingang des Werkes begrüßte Generaldirektor Tengelmann den Gast. Mit lebhaftem Interesse folgte der Ministerpräsident sodann im Sitzungssaal dem einleitenden Vortrag von Direktor Dr. Jost über das Wesen der Kohleverhüttung, über die Entwicklung und den Aufbau des Werkes und seine Bedeutung im Rahmen der Aufgaben, die in der Erfüllung des Vierjahresplanes dem deutschen Bergbau gestellt

sind. Die anschließende Beichtigung vermittelte den Gästen einen interessanten Einblick in den Produktionsgang und in die leistungsfähigen und erfolgreichen Einrichtungen Deutschlands, sich durch die modernen Hinderverfahren aus Kohle und Wasserstoff einen Treibstoff zu schaffen, der an Qualität und Abkopffähigkeit dem Naturbenzin schon heute nicht nachsteht, und der es ihm ermöglicht, sich weitgehend in der Treibstofffrage vom Ausland unabhängig zu machen.

Danach wurde die Reise nach Düsseldorf fortgesetzt. Hier veranstaltete der Ministerpräsident Schmitt einen Teeempfang im Parkhotel und im Anschluß daran im Residenztheater eine Sondervorführung des Films „Der Ministerpräsident“. Auch in Düsseldorf wurde Dr. Stojadinowitsch von Abordnungen der jugoslawischen Vereine und von einer großen Menschenmenge begrüßt.

Ministerpräsident Stojadinowitsch trifft am Freitagvormittag in München ein, wo er um 11 Uhr am Bahnhofsplatz (Feldherrnhalle) einen Kranz niederlegen wird. Anschließend ist eine Beichtigung der Häuser der NSDAP vorgesehen. Am Nachmittag wird Stojadinowitsch dem Deutschen Museum einen Besuch abstatten.

## Fürst Hohenberg entschuldigt sich bei v. Papen

Wien, 20. Januar.

Am Donnerstag um 17 Uhr erschien Fürst Ernst Hohenberg bei Reichskanzler v. Papen, um ihn zu bitten, der Reichsregierung sein tiefes Bedauern über den Vorfall der Bestimmung eines Hohenbergschildes des Reiches zum Ausdruck zu bringen. Er fügte dieser Erklärung hinzu, der Vorfall habe keinerlei Demonstrationen gegen das nationalsozialistische Deutschland beinhalten sollen. Diese Mitteilung ist an die Reichsregierung weitergeleitet worden.

## Nationalsozialist in Oesterreich verurteilt

### Eine wichtige Entscheidung des Kreisgerichtes Leoben

Wien, 20. Januar.

Eine grundsätzlich wichtige Entscheidung bezüglich der Auswirkung der nach dem Juliabkommen erlassenen Amnestie hat das Kreisgericht der steiermärkischen Stadt Leoben gefällt.

Weder Nationalsozialisten waren dort wegen vollst. Freisetzung angeklagt, die bereits vor dem 11. Juli 1930 erfolgt war. Die Verteidigung vertrat den Standpunkt, daß in dem Ratifizierungsabkommen zum Staatsvertrag vom 11. Juli zwischen dem Deutschen Reich und Oesterreich dieses sich verpflichtete hätte, alle Delikte wegen nationalsozialistischer Betätigung zu amnestieren. Das Gericht wolle daher die Angeklagten freisetzen. Das Gericht sollte nun ein Gutachten des Bundesfinanzamtes ein, in dem erklärt wurde, daß eine allgemeine Amnestie nicht vereinbart worden sei, sondern daß die österreichische Regierung nur verpflichtet

hätte, Amnestierungen in einzelnen, jeweils gefordert zu überprüfenden Fällen zu gewähren. Der Hauptangeklagte wurde daraufhin zu sechs Monaten Arrest verurteilt. Mehrere andere Beklagte wurden mangels Beweisen freigesprochen.

## Eigene Dienstmarken für die Partei

Berlin, 20. Januar.

Mit Wirkung vom 20. Januar 1933, dem Jahrestage, da die Partei die Führung im Lande übernahm, hat der Führer für den Postverkehr der NSDAP und ihrer Gliederungen die Verwendung eigener Dienstmarken genehmigt.

Die Marken, denen Professor Richard Klein das künstlerische Gepräge gab, und die im Einvernehmen des Reichsschatzmeisters mit dem Reichspostminister nunmehr ihren Weg in die Öffentlichkeit antreten, tragen auf einem plastisch-schlichten Sockel das Hoheitszeichen der Partei. Die Aufschrift „Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei“ umrandet die graphisch und farblich abgestimmten Marken. Zu beiden Seiten des Sockels sind auf fein strukturiertem Grunde die Zahlenwerte angegeben. Durch Einwirkung der 10- und 24-Pennig-Marken wurde die übliche Verzerrung vermieden. Die neuen Marken werden von der Deutschen Reichspost nur an die Dienststellen der Partei und ihrer Gliederungen abgegeben und finden nur für den parteiinternen Postverkehr Verwendung. Ihre Gültigkeit erstreckt sich auf das gesamte deutsche Reichsgebiet sowie auf Postsendungen nach dem Gebiet der freien Stadt Danzig. Die für die Verwendung notwendigen Vorschriften werden vom Reichsschatzmeister erlassen.

Zammlerfreudige erhalten diese Marken ab 31. Januar 1933 bei der Verkaufsstelle für Sammlermarken, Berlin SW 30, Postfach 1000.

## Rumäniens Außenpolitik

Von unserem nach Bukarest entsandten Sonderberichterstatter

Es versteht sich von selbst, daß ein politischer Umschwung, wie ihn die Ablösung der Regierung Tatarescu durch das Kabinett Goga darstellt, nicht ohne Folgewirkungen auch für die Gestaltung der Außenpolitik Rumäniens bleiben kann. Ebenso selbstverständlich ist es aber auch, daß die vielfach von der europäischen Presse geäußerten Vermutungen über das Ausmaß dieser außenpolitischen Auswirkungen mehr als Phantasieprodukte denn als auf realer Grundlage beruhende Tatsachenberichte angesehen werden müssen. Um die außenpolitische Bedeutung des Regimewechsels in Rumänien richtig verstehen zu können, muß man sich vor allem über die Stimmung klar sein, die in den breiten Massen des rumänischen Volkes nun einmal vorhanden ist. Was diese Stimmung aber anlangt, so kann es keinem Zweifel unterliegen, daß das rumänische Volk als solches eine einseitige Festlegung etwa für Frankreich oder für Sowjetrußland und gegen Deutschland oder gegen Ungarn seit jeher abgelehnt hat. Wenn in der vergangenen Zeit die rumänische Außenpolitik immer wieder den Wunsch erweckte, als sei das Schicksal Rumäniens auf Gedeih und Verderb mit der französisch-sowjetrußländischen Freundschaft oder auch mit der Tschecoslowakei verbunden, so war dieser Wunsch trügerisch. Niemals war der Bauer etwa französisch-englisch und deutschfeindlich eingestellt, und er war auch niemals Anhänger einer bestimmten Bündnispolitik. Lediglich politische Geschäftsmacher und Zweckpolitiker verhielten immer wieder die Außenpolitik Rumäniens einseitig festzulegen. Dadurch aber gerieten sie in einen immer stärker werdenden Gegensatz zu weiten Kreisen der Bevölkerung, die eben ganz etwas anderes wollten. Besonders in der letzten Zeit, in der Deutschland in immer stärkerer Nähe Rußlands wirtschaftlicher Erzeugnisse Rumäniens geworden war, begann der rumänische Bauer den Widerstand zu betreiben, der darin lag, daß auf der einen Seite die jüdisch-liberalistische Presse in der unfreundlichsten Weise über Deutschland schrieb, Frankreich aber in den Himmel erhob, daß auf der anderen Seite aber Frankreich keine Agrarprodukte aus Rumänien kaufte, während Deutschland zum größten Abnehmer solcher Erzeugnisse wurde. Es zeigte sich auch hier wieder, daß man nicht auf die Dauer eine den natürlichen Gegebenheiten zuwiderlaufende Politik betreiben kann. Und so bedeutete denn die von der Regierung Goga von Anfang an verfolgte außenpolitische Linie die Rückkehr zur Logik und von allem den Beginn einer unabhängigen Ausrichtung, die auch die Zustimmung der breiten Masse des rumänischen Volkes finden kann und findet. Hätte die neue rumänische Regierung bei ihrem Amtsantritt das außenpolitische Steuer um 180 Grad herumgeworfen, und hätte sie alle bisherigen außenpolitischen Bindungen gelöst, so wäre sie durch eine solche Maßnahme wiederum in scharfen Gegensatz zur innerpolitischen Opposition geraten. Daß die Regierung Goga dies nicht tat, sondern den Weg einer eigenständigen, freien und unabhängigen Außenpolitik Rumäniens beschritt, mußte von vornherein die Kritik im Innern abschwächen und schließlich ganz verstummen lassen. Und daß eine solche Politik die der Regierung Goga ist, das zeigt am deutlichsten die Erklärung des neuen rumänischen Außenministers Ricescu, daß seine Politik genau den gleichen Zielen und Grundrissen folge wie die Politik Jugoslawiens in den letzten Jahren. Das bedeutet praktisch: Festhalten an den alten Freundschaften bei gleichzeitiger Entwicklung neuer freundschaftlicher Beziehungen zu anderen Mächten; wobei der Grundsatz, nur den nationalen rumänischen Interessen zu dienen und nicht denen irgendeines Bündnisses oder einer Interessengruppe, zu dem Zeitpunkt wird, das auch der einfachste Mann draußen auf dem Lande versteht und das er eben aus seiner nationalen rumänischen Einstellung heraus billigen muß. Hierin aber liegt eben die Stärke der neuen rumänischen Regierung auf außenpolitischem Gebiete.

Wenn verschiedenlich in der allerjüngsten Zeit davon die Rede war, daß das neue Rumänien den Wunsch habe, auch dort bessere Beziehungen zu schaffen, wo bisher kaum überdrückbare Gegenläge bestanden, so darf diese Feststellung gewiß in erster Linie auf das benachbarte Ungarn bezogen werden. Sollte es gelingen, hier eine Überbrückung der Gegensätze zu erreichen, so würden sich damit zweifellos

Heute: Der D.N. Kraftfahrer Seite 8